



„Ich bin Theresa May und glaube, dass ich die beste Person bin, um Premierministerin zu werden.“

Mit diesen Worten hatte sich Theresa May im Sommer 2016 für das Amt der Premierministerin beworben

Brexit-Lügen: Boris Johnson muss doch nicht vor Gericht

LONDON (dpa). Der Favorit im Rennen um die Nachfolge der scheidenden britischen Premierministerin Theresa May, **Boris Johnson**, muss nun doch nicht wegen angeblicher Brexit-Lügen vor Gericht. Das entschied das Londoner High Court in zweiter Instanz am Freitag in London.



Boris Johnson APA/afp

Bei den Vorwürfen geht es um die Summe, die London wöchentlich an die Europäische Union zahlt. Johnson hatte behauptet, dass das Vereinigte Königreich wöchentlich 350 Millionen Pfund (knapp 400 Millionen Euro) an die EU weiterleiten müsse. Dieses Geld könne besser in den staatlichen Gesundheitsdienst NHS investiert werden. Der NHS gilt als marode und ist besonders im Winter überlastet. Was Johnson verschwieg: Großbritannien erhält

einen erheblichen Teil seiner Beiträge zurück. Für seine Angaben hatte Johnson heftige Kritik einstecken müssen. So rügte der Chef der Überwachungsbehörde für öffentliche Statistiken den exzentrischen Politiker im September 2017 in einem Brief: „Das ist ein klarer Missbrauch öffentlicher Statistiken.“



Nigel Farage hofft, demnächst in die Downing Street Nr. 10 (Sitz des Regierungschefs) einzuziehen. Vorerst bleibt die Tür für ihn aber geschlossen. AP

Suche nach dem Heilsbringer

MAY-NACHFOLGE: Ist Boris Johnson noch aufzuhalten in seinem Sturm auf die Downing Street?

VON CHRISTOPH MEYER UND SILVIA KUSIDLO

LONDON (dpa). Die britischen Konservativen sind nach dem Debakel um den verstoßerten EU-Austritt und der Rückzugsankündigung der glücklosen Premierministerin Theresa May auf der Suche nach einem Retter.

der klare Favorit im Rennen um die Nachfolge Mays, die an diesem Freitag ihren Parteivorsitz niederlegen wollte.

Johnson verspricht, bis Ende Oktober aus der EU auszuscheiden – mit oder ohne Abkommen. Ihm wird zugetraut, Ober-Brexitgegner Nigel Farage in die Schranken zu weisen, der die Konservativen mit seiner Brexit Party vor sich her treibt. Die Farage-Partei verpasste bei einer Nachwahl im ostenglischen Peterborough am Donnerstag nur knapp ihren ersten Sitz im britischen Parlament.

Gleichzeitig ist Johnson aus seiner Zeit als Londoner Bürgermeister geblieben, der auch liberale Wähler anziehen kann. Das könnte ihm bei einer Parlamentswahl zum Sieg über Labour-Chef Jeremy Corbyn verhelfen, glauben viele.

Johnson hat in den vergangenen Monaten eine merkliche

Wandlung vollzogen. Der einst füllige Bauch ging zurück, die blonde Mähne auf seinem Kopf wurde zu einer passablen Frisur. Die sonst unausweichlichen verbalen Fehltritte blieben aus. Johnson hat das Image des Klansensclowns abgelegt.

Ein Dutzend Bewerber

Doch sein Erfolg ist noch nicht garantiert. Meist waren es nicht die Favoriten, die sich im Rennen um das Amt des Parteichefs bei den Tories durchsetzten. Knapp ein Dutzend Konservative haben ihren Hut in den Ring geworfen. Doch gemäß neu beschlossener Regeln könnte sich das Feld ziemlich schnell lichten. Nur wer bis Montag 8 Abgeordnete hinter sich bringen kann, darf an dem Auswahlverfahren teilnehmen. Danach gibt es mehrere Abstimmungsrounden in der Fraktion, bei denen weiter ausgesiebt wird.

Schafft es Johnson in die zweite Phase – eine Stichwahl der Parteimitglieder zwischen den 2 verbliebenen Kandidaten, dürften sich seine Chancen noch einmal erheblich verbessern: An der Basis ist „Boris“, wie er oft nur genannt wird, schon seit langem der Favorit.

Doch noch hat er ernstzunehmende Konkurrenz. Unter anderem Umweltminister Michael Gove, ebenfalls ein Brexit-Wortführer, der sich jedoch bereits jetzt eine Hintertür für eine weitere Verlängerung der Austrittsfrist offenlässt. Gove, so wird spekuliert, hätte die Fähigkeit, Johnsons Gepolter als oberflächlich bloßzustellen.

Die härteste Linie in Sachen EU-Austritt fährt Ex-Brexit-Minister Dominic Raab. Er würde sogar dem Parlament eine Sitzungspause auferlegen, um zu verhindern, dass die Abgeordneten eine Brexit-Verlängerung erzwingen. © Alle Rechte vorbehalten

US-Präsident Donald Trump wettet gegen Nancy Pelosi

WASHINGTON (dpa). US-Präsident **Donald Trump** ist im Streit um ein mögliches Amnestieverfahren gegen ihn heftig über die Frontfrau der oppositionellen Demokraten, Nancy Pelosi, hergezogen. „Ich denke, sie ist eine Zumutung“, sagte Trump über die demokratische Vorsitzende des Abgeordnetenhauses im US-Kongress. Er habe versucht, nett zu ihr zu sein, aber sie sei eine „widerliche, rachsüchtige, furchtbare Person“.



Donald Trump APA/afp

Trump echaufferte sich insbesondere über eine angebliche Äußerung Pelosis, wonach sie ihn hinter Gittern sehen wolle. „Das war eine fiese, widerliche, bössartige Bemerkung, während ich im Ausland bin“, sagte Trump in einem Interview des Senders Fox News am Rande der Gedenkfeste zum 75. Jahrestag der Landung der Alliierten vor 75 Jahren in der Normandie.

Das Nachrichtenportal Politico hatte zuerst über die angebli-

chen Äußerungen Pelosis bei einem Treffen mit hochrangigen Demokraten am Dienstagabend berichtet. Dabei wird Pelosi mit den Worten zitiert: „Ich will nicht, dass er (Trump) seines Amtes enthoben wird. Ich will ihn im Gefängnis sehen.“ Eine Sprecherin Pelosis sagte sie könne die Aussage nicht bestätigen. Als Vorsitzende des Abgeordnetenhauses im US-Kongress steht Pelosi nach dem Präsidenten und Vizepräsidenten an dritter Stelle.

Die Europawahl Ende Mai bescherten der Partei von Winston Churchill und Margaret Thatcher gerade einmal 9 Prozent der Stimmen – so ein Ergebnis hatte es seit dem frühen 19. Jahrhundert nicht mehr gegeben. Ex-Außenminister Boris Johnson sagte gar schon das Aussterben der Tories voraus, sollte der Brexit nicht bis zum 31. Oktober vollzogen sein. Der Prophet, der da zur Läuterung aufruft, wird von vielen inzwischen als Heilsbringer betrachtet. Johnson ist

EUROPA-SPLITTER

Expertenanalysen jenseits der großen Polit-Bühne

EU-AGENTUREN: Verschiedene Jahresberichte dieser Woche geben zu denken

Neben dem Dröhnen des Politpokers um die neuen EU-Spitzenposten konnte man diese Woche vieles an technischer Information und Politikberatung leicht überhören. Dennoch zählt sich ein Hinhören aus, wenn die leisen Experteinrichtungen der EU ihre Daten präsentieren, um die Politik in speziellen Gebieten mit Expertenanalysen und Daten zu beraten.

So präsentierte die Europäische Umweltagentur (sie sitzt in Kopenhagen) ihren Jahresbericht und stellte fest, dass 95,4 Prozent der 21.831 Badestellen, die in den 28 EU-Mitgliedstaaten überwacht werden, die Mindestqualitätsanforderungen gemäß den EU-Vorschriften erfüllen. In 4 Ländern wiesen 95 Prozent oder mehr der Badestellen eine ausgezeichnete Wasserqualität auf. Darunter auch Österreich mit 97,3 Prozent. Zu den 3 Ländern mit der höchsten Zahl an



Ungewisse Zukunft: Oftmals werden auch Kinder von Migranten ohne Möglichkeit auf Asylverfahren zurückgeschickt. APA/afp/LOUISA GOULIAMAKI

Badestellen mit „mangelhafter“ Wasserqualität zählt Italien. Gegen Italien und andere 9 Mitgliedstaaten wurde diese Woche übrigens ein EU-Vertragsverlet-

zungsverfahren eingeleitet. Die Länder wurden aufgefordert, die Vorschriften über Schiffsrecycling einzuhalten.

Der Jahresbericht der EU-Drogenbeobachtungsstelle (Lissabon) wurde ebenso Ende dieser Woche vorgestellt. Darin heißt es, dass 1,2 Millionen in der EU wegen des Konsums von illegalen Drogen in Behandlung sind. 2018 wurden in der EU 55 neue psychoaktive Substanzen am Markt entdeckt, sodass nun 730 solcher Substanzen von der EU-Agentur beobachtet werden. Etablierte pflanzliche Drogen wie Kokain werden immer leichter verfügbar. Der Markt für synthetische Drogen wächst, und immer öfter werden solche Drogen in der EU produziert. Ein genaues Verständnis des Drogenproblems und der einschlägigen Märkte ist wichtig, um politische Schritte zu setzen. Ebenso Ende dieser Woche

wurde der Jahresbericht der EU-Grundrechteagentur (Wien) vorgestellt. Dazu stellte der Direktor der FRA, Michael O’Flaherty, fest: „In der gesamten EU läuten die Grundrechts-Alarmglocken, denn Ungleichheiten, Belästigungen und Vorurteile nehmen weiterhin zu.“ Die Umfragen der Agentur zeigen, dass beispielsweise jeder fünfte dunkelhäutige Mensch und nahezu 3 von 10 Menschen jüdischen Glaubens Opfer von Belästigungen werden. Die Agentur weist darauf hin, dass die Kinderarmut in der EU leicht gesunken sei. Doch noch immer sei jedes vierte Kind in der EU armutsgefährdet! Es gebe immer wieder Berichte, dass Migrantinnen und Migranten inklusive Kindern über EU-Außengrenzen ohne Möglichkeit, ein Asylverfahren zu beantragen, zurückgeschoben werden. Manchmal auch unter Anwendung von Gewalt.

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Die zahllosen EU-Agenturen kosten über eine Million Euro im Jahr. Ist es das wert?

Gabriel N. Toggenburg: Wenn man will, dass Politik auf Fakten basiert dann denke ich schon. Im Übrigen sprechen wir von weniger als einem Prozent des EU-Budgets für über 40 Einrichtungen. Pro Bürger und Bürgerin sind das Kosten von einem „Macchiato“ pro Jahr. Und diese Einrichtungen verrichten ja auch ganz praktische Aufgaben.

„D“: Also nicht nur Forschung und Sammlung von Daten?

Toggenburg: Nein. Denken Sie an den Schutz der EU-Außengrenzen: FRONTEX in Warschau ist auch eine EU-Agentur! Oder das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum im spanischen Alicante. Da arbeiten fast 800 Leute.

Die Einrichtung hat gerichtsähnliche Funktion – dort kann man sich seine Ideen für den gesamten EU-Binnenmarkt schützen lassen. Ähnlich groß ist die Europäische Agentur für Flugsicherheit in Köln. Sie gewährleistet Sicherheit und Umweltschutz in der zivilen Luftfahrt in Europa. Das sind doch wichtige Anliegen, oder?

„D“: Gibt es auch Italien eine EU-Agentur?

Toggenburg: Ja, in Parma befindet sich die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, und in Turin ist die Europäische Stiftung für Berufsbildung.

„D“: Wer arbeitet an diesen Einrichtungen?

Toggenburg: Experten, die sich speziell für den jeweiligen Job beworben haben und ein EU-Dienstverhältnis eingehen. Einige wenige Mitarbeiter sind so genannte „sekundierte“ Beamte aus den nationalen Verwaltungen.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz.